

würde. Nicht Abgrenzung, sondern Brückenbau sei die Devise, insbesondere auch an Oder und Neiße. Wörtlich sagte der Bundespräsident: „Wir sollten aufpassen, daß die erstrittene Befreiung vom Zwang der Diktaturen nicht alte Gegensätze neu freisetzt. Das gilt überall in Europa. Es wäre ein schrecklicher Anachronismus, in den unseligen, feindlichen Nationalismus früherer Zeiten zurückzufallen. Vielmehr können und wollen wir im Zeichen der Freiheit gemeinsam der Fremdenfurcht und dem Fremdenhaß entgegentreten. Wir werden deshalb nicht aufhören, diesseits und jenseits der Flüsse deutsch oder polnisch zu sein. Aber wir teilen doch das Interesse an einer beiderseits aufblühenden Grenzregion ...“

## Das Fremde begreifen

Damit traf Richard von Weizsäcker die Stimmung der Polen. Offensichtlich gelang es ihm, zu einer weiteren Beruhigung der Gefühle in Polen beizutragen und durch die Glaubwürdigkeit seines Auftretens und seiner Botschaften Vertrauen in die Deutschen zurückzugewinnen, das in den vergangenen Monaten verlorenzugehen drohte. Vor diesem Hintergrund mußte es befremdlich wirken, mit welchem publizistischen und protokollarischen Minimalaufwand – inklusive einem Staatsbankett in einem die

Gastgeber beschämenden Ambiente – der Staatsbesuch von der polnischen Seite absolviert wurde. Ob der Bundespräsident sich das unter der gewünschten Bescheidenheit des äußeren Ablaufs vorgestellt hatte?

Möglicherweise wollten die polnischen Politiker und die Massenmedien etwas wiedergutmachen, als sie nach dem Ende des Besuchs diesen in seiner Bedeutung mit der Visite Willy Brandts im Dezember 1970 zur Unterzeichnung des Normalisierungsvertrages verglichen und von einer Zäsur in den deutsch-polnischen Beziehungen sprachen. Erst am letzten Tag des Weizsäcker-Besuchs schrieb *Adam Michnik* in der „Solidarność“-Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“: „Nötig ist auch eine neue Perspektive im Denken über die Deutschen und über den deutschen Staat. Es reicht nicht aus, das Bewußtsein mit dem Andenken an das Martyrium zu füttern, und schon überhaupt nicht, das Interesse auf die Grenze an Oder und Neiße zu reduzieren. Wir müssen die fremde Biographie und fremde historische Erfahrung begreifen. Wir müssen begreifen, daß das bisherige Bild von Deutschland ein sehr ärmliches ist, daß es nicht reicht, sich vor den Deutschen zu fürchten.“

Den Begriff der Versöhnung hatte der Bundespräsident in Polen bewußt vermieden. Der Michnik-Kommentar läßt erahnen, warum. Versöhnung läßt sich nicht einfordern. Sie muß wachsen.

Dieter Bingen

# Kompromiß nach langer Diskussion

## Der Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe

*Nach einer langen Entstehungszeit, durchsetzt von zum Teil heftiger Diskussion, haben die österreichischen Bischöfe am 15. Mai ihren zweiten Sozialhirtenbrief (ein erster erschien in den fünfziger Jahren) veröffentlicht. Der Hirtenbrief, der sich in seinen Ursprüngen am Modell des Wirtschaftshirtenbriefes der amerikanischen Bischöfe orientiert (vgl. HK, März 1987, 107ff.), behandelt ein breites Spektrum wirtschaftlicher und sozialer Fragen. Zugespitzte Aussagen werden vermieden. Die breite öffentliche Diskussion wirkte auf das Ergebnis eher dämpfend. Die Bischöfe suchten – vor allem auch unter sich – einen tragbaren Kompromiß und fanden ihn auch.*

Als ein „Wunder“ bezeichnete der tschechoslowakische Staatspräsident *Václav Havel* beim Empfang des Papstes in Prag die jüngste Entwicklung im Osten, die dieses Treffen ermöglichte. Da ist tatsächlich ein „großes“ Wunder geschehen. Ein „kleines“ Wunder ereignete sich in Österreich, wo es trotz der Konfrontation im Katholizismus und trotz der Fraktionierung, die bis in die Bischofskonferenz hineinreicht, zur einmütigen Verabschiedung des am 15. Mai veröffentlichten *Sozialhirtenbriefes* der österreichischen Bischöfe gekommen ist.

Die Idee, einen Sozialhirtenbrief zu veröffentlichen, der von Anfang an stark auf österreichische Verhältnisse zugeschnitten sein sollte, geht auf die Veröffentlichungen der gesellschaftspolitischen Hirtenbriefe der *amerikanischen Bischöfe* zurück. Ein Arbeitskomitee, das unter der Leitung des Linzer Diözesanbischofs *Maximilian Aichern* stand, veröffentlichte im September 1988 nach monatelanger Vorbereitung einen ersten Grundtext mit Fragen zur Diskussion über den geplanten Sozialhirtenbrief. Dieser Grundtext, der vielfach als „Erstfassung“ des Sozialhirtenbriefes mißverstanden und deshalb zum Teil sehr heftig kritisiert wurde, ist von Wirtschaftskreisen und von betont konservativen Gruppierungen innerhalb der christdemokratischen ÖVP massiv attackiert worden.

In den einzelnen Stellungnahmen zu dem Grundtext wurden den Verfassern des Diskussionsentwurfes eine revolutionäre, ja gewalttätige Sprache, Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge in der sozialen Marktwirtschaft und schließlich sogar „marxistische Einstellung“ vorgeworfen. Der Volksanwalt *Herbert Kohlmaier*, seinerzeitiger Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei, bezeichnete den Grundtext als eine „unheilige Ehe

zwischen dem sozialistischen Sozialminister und den Katholiken“, als einen Entwurf, der „an den wahren sozialen Problemen vorbeigeht“.

Diese Ablehnung des Grundtextes in Wirtschaftskreisen und Teilen der ÖVP fiel zusammen mit der Konfrontation im österreichischen Katholizismus, die durch die jüngsten Bischofsernennungen in Wien, Salzburg und Feldkirch zu einer beträchtlichen Emotionalisierung geführt hat (vgl. HK, Oktober 1989, 456 ff.). Diese Bischofsernennungen sollten nach verbreiteter Ansicht eine Restauration in der Kirche Österreichs bewirken, so daß dem Projekt eines Sozialhirtenbriefes mit der inhaltlichen Zielsetzung einer gemäßigten Fortschrittlichkeit und einer Bejahung notwendiger Reformen in informierten Kreisen der Kirche wenig Aussicht auf Erfolg gegeben wurde.

## Heftige Auseinandersetzung über den Grundtext

Das Arbeitsteam, das Bischof Maximilian Aichern als zuständiger Referatsbischof der österreichischen Bischofskonferenz um sich scharte und dem u. a. auch der Wiener Weihbischof *Helmut Krätzl*, der Leiter des Pastoralamtes der Diözese St. Pölten, Prälät *Florian Zimmel*, der Ordinarium für Ethik und Sozialwissenschaft an der Theologischen Fakultät der Universität Graz, Prof. *Valentin Zsifkovits* und der Direktor der Katholischen Sozialakademie Österreichs, P. *Josef Riedelsperger* SJ, angehörten, ließ sich aber durch diese schlechte Ausgangslage nicht entmutigen. Besonderen Anteil am überraschenden Gelingen des Projekts hatte der Professor für katholische Soziallehre und Soziologie in Rom, P. *Johannes Schasching* SJ, der nicht nur durch seine Sachkenntnis und Überzeugungskraft, sondern auch durch zahlreiche persönliche Kontakte in weiterer Folge eine unerwartet breite Zustimmung zu den Texten des Sozialhirtenbriefes erreichte. Auf bischöflicher Ebene waren es vor allem der Grazer Diözesanbischof *Johann Weber*, der Klagenfurter Diözesanbischof *Egon Kapellari* und der Innsbrucker Diözesanbischof *Reinhold Stecher*, die – mit oft recht unterschiedlichen Positionen – das Projekt des Sozialhirtenbriefes unterstützten und durchkämpften.

Als erster Erfolg des Arbeitsteams konnte das *breite Echo auf die Fragestellungen des Grundtextes* gewertet werden, die bis zum Sommer 1989 mehr als 2500 Stellungnahmen von mehr als 15 000 Interessierten erbrachten. Im November 1989 befaßte sich die Herbstkonferenz der österreichischen Bischöfe mit der Zusammenfassung dieser Stellungnahmen und gab zur allgemeinen Überraschung ihre Zustimmung zur großen Linie einer ersten Fassung des Sozialhirtenbriefes. Schon dieser Beschluß war aufsehenerregend, da gerade zu diesem Zeitpunkt die Bischofskonferenz in einer Reihe anderer Fragen mit schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten zu kämpfen hatte.

In den Wintermonaten 1989/90 wurde sodann die *erste Fassung* des Sozialhirtenbriefes ausgearbeitet, die Anfang

März einer außerordentlichen Bischofskonferenz in Linz vorgelegt wurde. Eine kritische Prüfung ergab, daß der Text allzu „brav“ geraten war, zu wenig Schwerpunkte und beträchtliche Längen durch viele Zitate päpstlicher und konziliarer Dokumente aufwies. Es kam daher zu einem Prozeß der Straffung und zu zahlreichen Neuformulierungen. Dieser überarbeitete Entwurf ist bei der Frühjahrskonferenz der Bischöfe im April 1990 in Wien verabschiedet worden.

Er wurde bis zu seiner endgültigen Fassung, die am 15. Mai, am 35. Jahrestag der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages und zu Beginn des Jubiläumjahres von „*Rerum Novarum*“ veröffentlicht worden ist, noch einmal überarbeitet.

## Klare Worte zur Arbeitslosigkeit

Der Sozialhirtenbrief steht unter dem Motto „Der Mensch ist der Weg der Kirche“, ein Wort von Johannes Paul II., das im Hinblick auf die gesellschaftspolitische und soziale Wirklichkeit in Österreich entfaltet wird. Mit Nachdruck erklären die österreichischen Bischöfe einleitend, das Ziel der Wirtschaft bestehe nicht in einem beliebigen, grenzenlosen Wachstum, sondern in der Versorgung der Menschen mit preiswerten Gütern und Diensten des täglichen Bedarfs. Der Mensch als Person sei Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft, wobei es in der Wirtschaft nicht nur um die Bereitstellung von Gütern und Diensten, sondern wesentlich um die Zusammenarbeit von Menschen gehen soll.

Im einzelnen beschäftigen sich die Bischöfe mit *belastenden Arbeitsbedingungen*: Mit Arbeitszeiten, die die gesetzlich festgelegten Normen bei weitem überschreiten, mit gesundheitsschädlichem Leistungsdruck und Arbeitsstress, mit Überbelastung durch Akkord oder stundenlange Bildschirmarbeit, mit Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und mit einer Entlohnung, die in keinem Verhältnis zur geleisteten Arbeit steht. Ausdrücklich wenden sich die Bischöfe gegen den in Österreich nach wie vor existierenden politischen Gesinnungsdruck, dem „man sich unterwerfen muß, um den Arbeitsplatz zu behalten oder beruflich weiterzukommen“.

Die *Arbeitslosigkeit* wird in dem Sozialhirtenbrief zu den Geißeln der modernen Menschheit gezählt: „Es ist sittlich unzulässig, wenn eine beachtliche Gruppe von Menschen keinen Zugang zur Erwerbsarbeit findet. Wir Bischöfe fühlen uns verpflichtet, eindringlich unsere Stimme zu erheben, weil wir den Eindruck haben, als hätte man sich mit einer bestimmten Arbeitslosenrate bereits abgefunden. Wir dürfen die Arbeitslosigkeit nicht einfach als gegeben hinnehmen und unser Vertrauen nicht allein auf den Marktmechanismus setzen.“ Selbstkritisch heißt es in diesem Kapitel, die Kirche dürfe es bei diesem schwerwiegenden Problem nicht bei bloßen Appellen belassen, sie müsse sich auch ihrer Verantwortung als bedeutender Arbeitgeber in Österreich besinnen.

Auffallend kurz und eher allgemein ist das Kapitel über

die *Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand* ausgefallen. Ausführlicher beschäftigen sich die Bischöfe mit der *Krise in der Landwirtschaft*, wobei einer bodenbezogenen, kreislauforientierten und umweltverträglichen Landwirtschaft der Vorzug gegeben wird vor einer ausschließlich industriell betriebenen Nahrungsmittelproduktion.

Einige griffigere Formulierungen sind im Kapitel über *Schöpfung, Natur und Umwelt* zu finden. Hier heißt es, der biblische Schöpfungsauftrag könne nicht bedeuten, den Garten Gottes zu gefährden und zu verwüsten, sondern stelle die Aufgabe, ihn in der Art der Vorsehung und Fürsorge Gottes zu pflegen und zu vollenden. Dabei sei das Leben der kommenden Generationen stets zu berücksichtigen. Die Ausbeutung des Bodens, das Abholzen der Wälder sowie das unkontrollierbare Wachstum der Städte könnten freilich nur durch eine schrittweise, aber bewußte Entwicklung der Völker eingedämmt werden, fügen die Bischöfe mit einiger Vorsicht hinzu.

## Sorge um Frauen, Jugendliche und Einwanderer

Ausführlich, aber eher allgemein befaßt sich der Sozialhirtenbrief dann mit dem Problemkreis *Ehe und Familie*, wobei der Selbstbestimmung der Ehepartner, der verantworteten Elternschaft und der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie der partnerschaftlichen Ehe der Vorrang eingeräumt wird. Die Gesellschaft wird aufgefordert, vor allem die kinderreichen Familien und die Familien Alleinerziehender nicht wirtschaftlich zu diskriminieren. Vielmehr habe die Familie einen Rechtsanspruch an die Solidarität der Gesellschaft.

Mit entschiedenen Formulierungen verurteilt der Sozialhirtenbrief dann alle Diskriminierungen, die *Frauen* deshalb erfahren, weil sie Frauen sind: Benachteiligungen der Frauen am Arbeitsplatz, niedrigere Löhne für Frauen bei gleicher Arbeit wie die Männer, keine entsprechende Anerkennung der Erziehungsarbeit von Frauen in der Sozialgesetzgebung, keine Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen, wenn sie nach den Jahren der Mutterschaft wieder in die Berufsarbeit zurückkehren wollen. Die Diskriminierung alleinerziehender Frauen wird in besonderer Weise verworfen.

Zur *Berufsarbeit von Frauen* wird in dem Sozialhirtenbrief erklärt, daß Frauen nicht nur aus materiellen Überlegungen außerhäusliche Arbeiten annehmen. Andererseits dürfe die Gesellschaft Mütter mit Kindern nicht dazu zwingen, aus wirtschaftlicher Notwendigkeit eine Erwerbsarbeit zu übernehmen. Den Frauen in weithin von Männern dominierten Einrichtungen und Strukturen der Wirtschaft und Gesellschaft müsse Gleichberechtigung verschafft werden. Eine flexiblere Aufgabenteilung von Mann und Frau in Familie, Arbeit und Freizeit sei notwendig.

Hinsichtlich der *Jugend* sprechen sich die Bischöfe für das Recht jedes Jugendlichen auf eine qualifizierte Erstausbil-

dung aus, die „seiner Begabung und seiner Neigung entspricht und gleichzeitig realistische Arbeitschancen eröffnet“. Außerdem sei eine mehrstufige Berufsorientierung für junge Menschen notwendig. Es dürfe zu keiner Klassenrennung zwischen Gutausgebildeten und jugendlichen Randschichten kommen. Auch in diesem Kapitel gibt es selbstkritische Hinweise, so u. a. die Bemerkung, daß es viele junge Menschen in der Begegnung mit der Kirche schwer haben, da sie in ihr Strukturen begegnen, „die sie ablehnen, Haltungen, die sie abstoßen“. In einem Kapitel über die *neue soziale Frage* sprechen sich die Bischöfe schließlich für Maßnahmen zugunsten der Alleinverdiener mit Familie, der Arbeitnehmer mit niedrigen Löhnen, und für die Mindestrentner, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslosen, Bewohner wirtschaftlicher schwacher Regionen, Behinderte, Obdachlose, Alte, Kranke, Gastarbeiter und Flüchtlinge aus.

Das Problem der *Flüchtlinge und Einwanderer* wurde – offenbar unter dem Eindruck der aufwühlenden Ereignisse nach Öffnung des Eisernen Vorhangs – erst in die letzte Fassung des Sozialhirtenbriefes eingefügt. Hier heißt es, sowohl einzelne Menschen wie auch ganze Gemeinden hätten gegenüber Flüchtlingen und Einwanderern ein hervorragendes Zeugnis der Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft abgelegt. Im Zusammenhang mit Vorfällen, die in den vergangenen Monaten einen erschreckenden Fremdenhaß auch in Österreich enthüllt haben, sprechen die Bischöfe aber auch von „bedauerlichen Ereignissen und unchristlichen Vorurteilen“: „Wir werden uns noch viel mehr bemühen müssen, die Vorurteile Fremden und Ausländern gegenüber abzubauen, um solchen Menschen nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine menschliche Heimat zu geben. Dazu bedarf es der Solidarität aller, auch die Bereitschaft zu einem innerstaatlichen Lastenausgleich. Es ist nicht hinzunehmen, daß Flüchtlinge und Einwanderer in ein Getto abgesondert werden. Jeder Rückfall in eine nationale Überheblichkeit widerspricht dem Geist der Menschenrechte und ist zutiefst unchristlich. Auch das gehört zur neuen sozialen Frage.“

## Eurozentrische Klischees durchbrochen

Viel weniger profiliert äußern sich die Bischöfe in dem Sozialhirtenbrief zu der in Österreich besonders deutlich gewordenen *Erstarrung gesellschaftlicher Verbände und Strukturen*. Dieses Problem wird in dem Dokument nur angedeutet, und es wird ausgeführt, daß gesellschaftliche Organisationen nicht zu bürokratischen Systemen erstarrten dürfen, die zu einer sozialen Entfremdung des Menschen führen und seine konsumistische Einstellung der Gesellschaft gegenüber noch steigern. Über die Ursachen dieses Phänomens schweigt sich der Sozialhirtenbrief aber aus, auch über die Möglichkeiten, diese bürokratische Erstarrung aufzulockern oder zu beseitigen. Etwas detaillierter befassen sich die Bischöfe mit der in letzter Zeit besonders aktuell gewordenen *Verantwortung*

*Österreichs für die Länder in Ostmitteleuropa:* „Die Kirche in Österreich muß sich aufgrund ihrer Geschichte und ebenso aufgrund der geographischen Nähe in besonderer Weise für diese Länder verantwortlich fühlen. Diese neue Herausforderung stellt für sie selber auch in religiöser, geistiger und kultureller Hinsicht eine Bereicherung dar. Wir werden darum alles tun müssen, um unseren Brüdern und Schwestern im Osten materiell und ideell zu helfen. Wir müssen ihnen aber auch Dienste für die so dringende Evangelisierung angesichts der neugewonnenen Freiheiten anbieten.“

Verdienstvoll ist der Hinweis des Sozialhirtenbriefes, daß die großen Aufgaben im Osten in keiner Weise von der *Verantwortung für die Entwicklungsländer* ablenken dürfen. Mit Nachdruck wird an das Wort von Johannes Paul II. erinnert, daß die Industrieländer am Elend der Entwicklungsländer mit schuld seien. Die Bischöfe danken daher für die bedeutenden Beiträge zur Solidarität mit den Menschen in den Entwicklungsländern, stellen aber gleichzeitig fest, daß die Republik Österreich mit ihren staatlichen Leistungen unter den Geberländern in Europa weit hintan steht: „Wir fordern vor allem die Politiker auf, für einen größeren Beitrag des Staates zur Solidarität einzutreten.“ Gängige Klischees durchbricht die Forderung, daß es in dieser geschichtlichen Stunde nicht ausschließlich um die neue Einheit Europas gehe: „Die größere Herausforderung ist die Not der Entwicklungsländer.“

Einen besonders aktuellen Bezug hat die Mahnung der Bischöfe, sogenannte christliche Staaten sollten nicht zu Waffenproduzenten werden, die durch Waffenhandel schnelle Profite erzielen – läuft doch zur Zeit in Österreich der Monsterprozeß gegen jene Manager der VÖEST, des größten verstaatlichten Konzerns in Österreich, ab, die während des Krieges am Persischen Golf unter Verletzung des Neutralitätsgesetzes österreichische Kanonen zu Milliardenbeträgen sowohl an den Irak als auch an den Iran verkauft haben.

Abschließend wenden sich die Bischöfe gegen alle Tendenzen zu einer Privatisierung und Subjektivierung der geistigen und sittlichen Normen. Gesellschaftlicher Pluralismus dürfe nicht mit Wertneutralität verwechselt werden. Eindringlich spricht sich der Sozialhirtenbrief in diesem Zusammenhang für den Grundwert Leben aus – vom Beginn bis zum Tod. Die Kirche verteidige daher das Lebensrecht der Ungeborenen, müsse aber gleichzeitig mit dafür Sorge tragen, daß Menschen auf ein Sterben in Würde vorbereitet werden und den Tod aus der Kraft des Glaubens annehmen können.

## Die Option für die Armen ernst nehmen

Als Zusammenfassung des Sozialhirtenbriefes bekennen sich die österreichischen Bischöfe für eine *Option zugunsten der Armen*: „Dies bedeutet eine Entscheidung zu besonderer Offenheit den Anliegen der Kleinen und Schwachen, den Leidenden und Weinenden, gegenüber denjenigen, die gedemütigt sind und am Rand der Gesellschaft leben müssen, damit ihnen geholfen wird, ihre Würde als Menschen und Kinder Gottes zu erlangen.“ Die Kirche in Österreich müsse sich immer wieder kritisch fragen, wie weit sie selber die Option für die Armen ernst nimmt: „Wir werden uns in Zukunft noch stärker um eine dem Evangelium entsprechende gesellschaftspolitische Bewußtseinsänderung und Gewissensbildung bemühen müssen.“ Dabei sei eine ganz neue Zusammenarbeit aller Christen, der großen Religionen der Welt und aller Menschen guten Willens erforderlich.

Die Tatsache, daß dieses Dokument von der österreichischen Bischofskonferenz  *einstimmig* angenommen wurde, kann als Hoffnungszeichen dafür gewertet werden, daß der Versuch, in Österreich die konziliare Erneuerung durch administrative Maßnahmen zurückzudrehen, und restaurative Tendenzen durchzusetzen, zu einem wesentlichen Teil gescheitert ist.

*Fritz Csoklich*

## „Eine Stimmung erzeugen, die wach macht“

Ein Gespräch mit dem Architekten Professor Dieter Georg Baumewerd

*Im Kirchenbau findet das jeweilige Glaubens- und Kirchenbewußtsein auf sehr unmittelbare Weise seinen Niederschlag. Er ist Reflex nicht nur der liturgischen und spirituellen, sondern auch der geistigen und künstlerischen Strömungen seiner Zeit. Über die Situation im heutigen Kirchenbau sprachen wir mit dem Münsteraner Architekten und Professor an der Fachhochschule Dortmund, Dieter Georg Baumewerd. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.*

*HK:* Herr Professor Baumewerd, anders als in den 50er und noch in den 60er Jahren, wo wir einen regelrechten

Boom von Neubauten erlebten, ist gegenwärtig mehr zu hören von Kirchen, die verkauft werden oder die angesichts der geringer werdenden Zahl an Kirchenbesuchern zu groß geworden sind: von Neubauten ist nur noch selten die Rede, allenfalls von Restaurationen historischer bzw. Reparaturen und Umbauten an neueren Kirchen. Geht der Kirchenbau schlechten Zeiten entgegen?

*Baumewerd:* Ich würde nicht von „schlechten Zeiten“ sprechen. Zeiten des Rückgangs an Aufträgen im Kirchenbau sind immer auch Zeiten, in denen man sich besin-